
Interkantonale Repartition der Pauschalen Steueranrechnung

Kreisschreiben 31 vom 2. Juni 2015

1. Natürliche Personen

Den Anrechnungsbetrag aus der pauschalen Steueranrechnung trägt der Wohnsitz-Kanton. Eine interkantonale Repartition findet nicht statt.

2. Personenunternehmen

Für Personenunternehmen (Personengesellschaften und Einzelunternehmen) gelten die nachstehend für die juristischen Personen geltenden Regelungen sinngemäss.

3. Juristische Personen

3.1 Allgemeine Regel

Den Anrechnungsbetrag aus der pauschalen Steueranrechnung trägt grundsätzlich der Sitz-Kanton. Gemäss BGE 2C_64/2013 hat der Sitzkanton den Rückerstattungsbetrag aus pauschaler Steueranrechnung auch dann zu gewähren, wenn infolge der Ausscheidung bei ihm kein Steuersubstrat verbleibt, sondern lediglich der Liegenschaftskanton einen steuerbaren Gewinn (insbesondere Wertzuwachsgeinn) besteuern kann. Obwohl dem Liegenschaftskanton keine quellensteuerbelasteten Erträge zugewiesen werden, muss er sich aufgrund des Schlechterstellungsverbot an der pauschalen Steueranrechnung beteiligen.

In wirtschaftlich bedeutenden Fällen kann der Sitz-Kanton von den Betriebsstätte- oder allenfalls Liegenschafts-Kantonen die Übernahme eines angemessenen Teils des Anrechnungsbetrags verlangen.

Ein Fall gilt als wirtschaftlich bedeutend, wenn der auf einen Betriebsstätte-/Liegenschafts-Kanton entfallende Anrechnungsbetrag pro Geschäftsjahr (bzw. Fälligkeitjahr) mindestens CHF 5'000.- beträgt.

3.2 Interkantonale Steuerauscheidung

Im Regelfall ist davon auszugehen, dass die mit ausländischen Quellensteuern belasteten Zins-, Lizenz- und nicht dem Beteiligungsabzug unterliegenden Dividendenerträge im Rahmen der quotenmässig-indirekten Ausscheidungsmethode auf sämtliche konkurrierenden Kantone verteilt werden.

Sollte ein Kanton nachweisen können, dass in seiner Besteuerungsquote keine quellensteuerbelasteten Zins-, Lizenz- und nicht dem Beteiligungsabzug unterliegende Dividendenerträge enthalten sind (quotenmässig-direkte oder objektmässige Ausscheidung), ist auf eine Repartition einzelfallweise zu verzichten.

Bei Verlusten im Sitz- und Betriebsstätte-Kanton muss letztendlich der Liegenschaftskanton die pauschale Steueranrechnung übernehmen.

3.3 Berechnung der Repartition

Die Berechnung des auf die Betriebsstätte-Kantone entfallenden Anteils des Anrechnungsbetrags geht vom Kantons- und Gemeindeanteil (2/3 des gewährten Anrechnungsbetrages¹) aus. Der Bundesanteil (1/3 des gewährten Anrechnungsbetrages¹) darf nicht in die Berechnung miteinbezogen werden.

Der Kantons- und Gemeindeanteil (2/3 des gewährten Anrechnungsbetrages¹) ist entsprechend der interkantonalen Gewinnausscheidung prozentual auf den Sitz-Kanton und die einzelnen Betriebsstätte-Kantone zu verteilen. Aus Gründen der Praktikabilität wird diese Berechnung für sämtliche Gesellschaften aller Branchen einheitlich vorgenommen.

Der auf den einzelnen Betriebsstätte-Kanton entfallende Anteil darf nicht höher sein, als die im betreffenden Betriebsstätte-Kanton geschuldete Gewinnsteuer.

Beispiel einer Repartition:

Sitz-Kanton: Zürich

Gewährte Pauschale Steueranrechnung:	CHF 450'000.-
Anteil Bund (1/3):	CHF 150'000.-
Anteil Sitz-Kanton (2/3):	CHF 300'000.-

Steuerbare Quoten Gewinnausscheidung (in %):

Zürich:	60%
Basel:	25%
Bern:	10%
Ticino:	4%
Thurgau:	1%

Repartition:

¹ Ausnahmen bezüglich der Aufteilung des Anrechnungsbetrages auf die Steuerhoheiten Bund und Kanton/Gemeinde sind nur bei teilweiser Besteuerung gemäss Art. 12 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 2 + 3 der Verordnung über die pauschale Steueranrechnung möglich.

Zürich:	60% von CHF 300'000.-	=	CHF 180'000.-
Basel:	25% von CHF 300'000.-	=	CHF 75'000.-
Bern:	10% von CHF 300'000.-	=	CHF 30'000.-
Ticino:	4% von CHF 300'000.-	=	CHF 12'000.-
Thurgau:	1% von CHF 300'000.-	=	CHF 3'000.-

Der Sitz-Kanton Zürich kann eine Repartition der pauschalen Steueranrechnung von den Kantonen Basel, Bern und Ticino verlangen. Auf den Kanton TG entfallen weniger als der Mindestbetrag von CHF 5'000, weshalb eine Repartition mit diesem Kanton entfällt.

3.4 Verfahren

3.4.1 Antrag auf Repartition

Der Antrag auf Repartition muss die folgenden Angaben beinhalten:

- Firma;
- Fälligkeitsjahr;
- Art der Erträge (Dividenden, Zinsen oder Lizenzen);
- Datum des Antrags auf pauschale Steueranrechnung;
- Datum der Rechtskraft des Entscheids auf pauschale Steueranrechnung;
- Total im Sitz-Kanton gewährte pauschale Steueranrechnung;
- Anteil des Sitz-Kantons (in der Regel 2/3 des Anrechnungsbetrags) vor Repartition;
- Aufstellung über die prozentuale Gewinnausscheidung auf die betroffenen Sitz- und Betriebsstätten- und Liegenschafts-Kantone.

3.4.2 Befristung der Repartition

Der Sitz-Kanton, der eine Ausscheidung der pauschalen Steueranrechnung beansprucht, hat seinen Antrag auf Repartition dem Betriebsstätte- oder allenfalls Liegenschafts-Kanton innert einem Jahr nach Eintritt der Rechtskraft des Entscheides über die Gewährung der pauschalen Steueranrechnung zuzustellen.

Nach Ablauf der Jahresfrist ist der Anspruch auf die interkantonale Repartition verwirkt.

3.4.3 Streitigkeiten

Bei Streitigkeiten über die Anwendung dieses Kreisschreibens entscheidet der Vorstand der Schweizerischen Steuerkonferenz als Schlichtungsstelle.

4. Inkrafttreten

Dieses Kreisschreiben ersetzt das Kreisschreiben 31 vom 29. November 2012. Es gilt ab sofort.